

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 22.10.2014

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 244, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:18 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Kanngießer
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 17.09.2014	
4.	Dringliche Angelegenheiten	

5. Informationen
- 5.1. Vertagung aus der Sitzung des SAG vom 17.09.2014 **1360/14**
 Sachbericht Schutzbund der Senioren und Vorruehstaend-
 ler - Kompetenz- und Beratungszentrum 2013
 BE: Leiter Amt für Soziales und Gesundheit
 hinzugezogen: Leiterin Kompetenz- und Beratungszent-
 rum,
 Vorstandsvorsitzende Landesverband Schutzbund der
 Senioren und Vorruehstaendler Thüringen e.V.
- 5.2. Sachbericht Kontakt in Krisen (KiK) e. V. 2013 **1684/14**
 BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
 dung und Kultur
 hinzugezogen: Vertreter des KIK e. V.
- 5.3. Beschlusskontrolle zur Drucksache 1232/14 - Beauftrag- **1822/14**
 tenwesen örtlich und öffentlich optimieren; hier: Infor-
 mation über die Arbeitsbedingungen der städtischen
 Beauftragten
 hinzugezogen: Leiterin BOZ
- 5.4. Sonstige Informationen
6. Festlegungen des Ausschusses
- 6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom **1800/14**
 17.09.2014 zum TOP 6.2 Mobilfunksendemast (DS
 1282/14);hier: Baugenehmigungsverfahren
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom **1801/14**
 17.09.2014 zum TOP 6.2 Satzung Seniorenbeirat (DS
 1496/14)
 BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
 dung und Kultur
- 6.3. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom **1802/14**
 17.09.2014 zum TOP 7.1 Vertretung Ehrenamtsbeirat (DS
 2200/13); hier: Berichterstattung
 BE: Ehrenamtsbeauftragter

6.4. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom
17.09.2014 zum TOP 9.1 Sachbericht Zentrum für In-
tegration und Migration (DS 1359/14)
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
dung und Kultur

1805/14

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Herr Kanngießer, Ausschussvorsitzender, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder sowie anwesenden Gäste.

Gegen den Vorschlag des Ausschussvorsitzenden, den geladenen Gästen das Rederecht zu erteilen, erhob sich kein Widerspruch.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Änderungen vor.

Herr Kanngießer, Ausschussvorsitzender, ließ über die Tagesordnung abstimmen.

Die Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 17.09.2014

genehmigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Es lagen keine dringlichen Angelegenheiten vor.

5. Informationen

- 5.1. **Vertagung aus der Sitzung des SAG vom 17.09.2014** 1360/14
**Sachbericht Schutzbund der Senioren und Vorruheständ-
ler - Kompetenz- und Beratungszentrum 2013**
BE: Leiter Amt für Soziales und Gesundheit
**hinzugezogen: Leiterin Kompetenz- und Beratungszent-
rum,**
**Vorstandsvorsitzende Landesverband Schutzbund der Se-
nioren und Vorruheständler Thüringen e.V.**

Die Vorstandsvorsitzende des Landesverbandes Schutzbund der Senioren und Vorruheständler Thüringen e.V., fasste die Arbeit des Schutzbundes der Senioren und Vorruheständler im Jahr 2013 kurz zusammen.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., bedankte sich bei Verband und auch bei der Leiterin des Komptenzentrums für ihre Arbeit und wies darauf hin, dass die steigenden Fallzahlen die dringende Notwendigkeit der geleisteten Arbeit belegen.

Herr Kanngießer, Ausschussvorsitzender, sprach den Vertretern von Verband und Komptenzzentrum ebenfalls seinen Dank für ihre geleistete Arbeit aus und wünschte der neuen Leiterin des Komptenzentrums einen guten Start in die ausgeübte Tätigkeit.

zur Kenntnis genommen

- 5.2. **Sachbericht Kontakt in Krisen (KiK) e. V. 2013** 1684/14
**BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
dung und Kultur**
hinzugezogen: Vertreter des KIK e. V.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, führte kurz zum Sachbericht und der Arbeit des Vereins Kontakt in Krisen e.V. (KiK) aus.

Die Geschäftsführerin des KiK e.V., stellte eine Mitarbeiterin und einen Mitarbeiter vor, welche als Insolvenzberater beim KiK e.V. tätig sind. Die Geschäftsführerin des KiK e. V wies darauf hin, dass in den vergangenen drei Jahren eine auffällige Steigerung der Pro-Kopf-Verschuldung der Betroffenen auf ca. 4.000 EUR zu verzeichnen sei. Ein Grund dafür sei, dass Wohnkosten oftmals 50-60% des Einkommens ausmachen. Weiterhin sei der Schuldenabbau durch eigenes Einkommen auf Grund des geringen Lohnniveaus sehr schwierig. Ca. 60% aller Schulden seien durch Niedrigeinkommen oder Arbeitslosigkeit begründet. In diesem Zusammenhang strebt der KiK e.V. eine engere Zusammenarbeit mit dem Jobcenter an. Angedacht sei der Einsatz von Job-Coaches bei der Schuldnerberatung, um nicht nur die Schuldsituation zu verbessern, sondern auch bessere berufliche und finanzielle Perspektiven bieten zu können.

Frau Tillmann, Fraktion CDU, erfragte ob Schuldner eigenständig das Beratungsangebot wahrnehmen und ob sich bei einem längeren Betreuungszeitraum eine bessere Zusammenarbeit mit den Sozialleistungsträgern, insbesondere auch in Bezug auf die Abtretung von Sozialleistungen, ergeben würde.

Die Geschäftsführerin des KiK e. V verwies auf die vom KiK e.V. angebotene, offene, wöchentliche Sprechstunde, welche die Zugangshemmungen von Schuldnern durch geringe Wartezeiten deutlich senkt. Darüber hinaus werden Schuldner auch durch Mund-zu-Mund-Propaganda bzw. durch Überleitung aus Ämtern auf die Angebote des KiK e.V. aufmerksam. Die Abtretung von Sozialleistungen wird laut der Geschäftsführerin von den Schuldnern als Hilfe betrachtet, nicht als Entmündigung.

Der Mitarbeiter der Schuldnerberatung im KiK e.V. wies darauf hin, dass die Abtretung von Sozialleistungen nur eine Möglichkeit sei um Schulden abzubauen. Ein Modellprojekt im Saarland und das Verfahren zum Einsatz von sog. "Prepaid-Zähler" wurden erläutert.

Frau Tillmann wies darauf hin, dass so ein Verfahren bei mehreren Gläubigern sehr schnell unübersichtlich wird.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., begrüßte den Ansatz des KiK e.V., Job-Coaches in die Schuldnerberatung einzubeziehen und erfragte gleichzeitig, ob die Notwendigkeit für mehr Berater besteht. Weiterhin merkte sie an, dass die Problematik von Stromschulden schon mehrmals im Stadtrat angesprochen wurde.

Die Geschäftsführerin des KiK e. V. erläuterte, dass eine gute Personalgrundlage bestehe, jedoch auf Grund der steigenden Komplexität der Beratungen mehr Personal sehr hilfreich wäre.

Herr Kanngießer, Ausschussvorsitzender, erfragte ob es eine Obergrenze für Abtretungen von Sozialleistungen gebe.

Die Mitarbeiterin der Schuldnerberatung im KiK e.V. bestätigte, dass es eine Obergrenze von in der Regel 10% gibt. Weiterhin informierte sie darüber, dass Verhandlungen mit den Stadtwerken Erfurt sehr schwierig seien, da bei Stromschulden ab 100 EUR ein internes Inkasso eingeschaltet wird, welches dann im 2-Wochen-Rhythmus die Außenstände mit einer Inkasso-Gebühr von jeweils 5 EUR anmahnt. Somit sei ein Schuldenabbau noch schwieriger als ohnehin.

Frau Thierbach sicherte zu, dass sie die Problematik der Stromschulden, sowie auch der Abtretung von Sozialleistungen mitnehmen werde und dazu ein entsprechender Bericht erstellt wird. Hierzu seien Gespräche mit dem Stromprojekt, den Schuldnerberatern, dem Jobcenter, dem Sozialamt und der Verwaltung nötig, welche intern mit dem KiK e.V. abgestimmt werden.

Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU, erfragte das Verfahren zur "Abschaltung" der Stromversorgung bei Zahlungsrückständen und ob dies auch für die Heizung gelte.

Frau Thierbach wies darauf hin, dass Versorgungsverträge für Strom und Wärme privatrechtliche Verträge seien und dementsprechend bei Außenständen auch die Versorgung eingestellt werden kann. Weiterhin wies sie darauf hin, dass es nicht dazu kommen muss, da es Hilfsangebote, wie zum Beispiel Darlehen, von den Sozialleistungsträgern gebe.

Herr Hauschild, sachkundiger Bürger, erfragte mögliche Ursachen für die steigende Überschuldung und was dagegen getan werde.

Die Geschäftsführerin des KiK e. V. erläuterte, dass oftmals Trennungen vom Partner, Scheidungen oder auch Todesfälle zu einer Überschuldung führen und diese nicht zwangsläufig auf übermäßigen Konsum oder verantwortungslosen Umgang mit Geld zurückzuführen sei. Der KiK e.V. stehe den Schuldner beratend zu Seite und gibt Hilfestellungen bei der Wiedereingliederung.

Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, erfragte den Entwicklungsstand bei der Hilfe für Analphabeten.

Die Geschäftsführerin des KiK e. V. verwies auf die Möglichkeit in der VHS Kurse zur Alphabetisierung zu besuchen, welche für ALGII-Empfänger kostenfrei seien. Darüber hinaus müsse die Problematik bekannt gemacht werden, da es bis zu 15.000 Analphabeten in Erfurt gebe.

Herr Prof. Dr. Dr. Pistner erfragte, wo die betroffenen Personen herkommen.

Frau Thierbach erläuterte, dass der Großteil der Betroffenen in Erfurt geboren wurde und das Problem hausgemacht sei, da die Betroffenen aus der Schule "entlassen" werden, trotz ihrer Defizite.

Herr Kanngießler bedankte sich bei den Vertretern des KiK e.V.

zur Kenntnis genommen

5.3. Beschlusskontrolle zur Drucksache 1232/14 - Beauftrag- **1822/14**
tenwesen örtlich und öffentlich optimieren; hier: Informa-
tion über die Arbeitsbedingungen der städtischen Beauf-
tragten
hinzugezogen: Leiterin BOZ

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., kritisierte die fehlende Barrierefreiheit im Objekt in der Rumpelgasse und hinterfragte, ob perspektivisch eine Änderung dieses Umstandes geplant sei.

Frau Schreeg, Leiterin Bereiches Oberbürgermeister für zentrale Steuerung, Internationale Beziehungen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (BOZ), erläuterte, dass die Praxis zeige, dass die Nutzung kein Problem sei, da die Möglichkeit bestehe Räumlichkeiten im Rathaus zu nutzen, welche Barrierefrei erreichbar sind. Sie wies darauf hin, dass dauerhaft keine barrierefreien Örtlichkeiten zur Verfügung stünden um die Problematik abschließend beizulegen.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erfragte ob es Beschwerden über die Zugänglichkeit gäbe.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, verneinte die Frage von Herr Dr. Warweg, es gab bisher keine Beschwerden diesbezüglich.

zur Kenntnis genommen

5.4. Sonstige Informationen

Es lagen keine sonstigen Informationen vor.

6. Festlegungen des Ausschusses

- 6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 17.09.2014 zum TOP 6.2 Mobilfunksendemast (DS 1282/14); hier: Baugenehmigungsverfahren
1800/14
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Herr Kanngießer, Ausschussvorsitzender verwies auf die Stellungnahme zur DS 1800/14. Weiterhin wies er darauf hin, dass die Stadt nicht zuständig für die Ausführung von Messungen sei. Seitens der Verwaltung könnten lediglich Messpunkte gegenüber der Bundesnetzagentur angeregt werden.

Frau Tillmann, Fraktion CDU, regte an Messpunkte an Schulen und Kindergärten vorzuschlagen.

Die Mitarbeiterin der Unteren Immissionsschutzbehörde riet von der Einrichtung solcher Messpunkte ab. Darüber hinaus gäbe es die Möglichkeit Messdaten der bereits bestehenden Messpunkte bei der Bundesnetzagentur einzusehen. Für die Stadt Erfurt gäbe es nur eine minimale Grenzwertausschöpfung durch Mobilfunkmasten, welche unter 1% liege.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, stimmte der Mitarbeiterin zu.

zur Kenntnis genommen

- 6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 17.09.2014 zum TOP 6.2 Satzung Seniorenbeirat (DS 1496/14)
1801/14
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Es gab keine Nachfragen zu diesem Tagesordnungspunkt.

zur Kenntnis genommen

**6.3. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom
17.09.2014 zum TOP 7.1 Vertretung Ehrenamtsbeirat (DS
2200/13); hier: Berichterstattung
BE: Ehrenamtsbeauftragter**

1802/14

Herr Frenzel, Vorsitzender des Ehrenamtsbeirates, informierte darüber, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Ehrenamtsbeirat und den Interessenvertretern der Vereine und Organisationen sehr gut funktioniere. Er wies darauf hin, dass die zur Verfügung stehenden Mittel leider jährlich sinken. Weiterhin bot er an einen jährlichen Bericht des Ehrenamtsbeirates zur Verfügung zu stellen.

Frau Tillmann, Fraktion CDU, wies auf die hohe Belastung der Vereine durch beispielsweise Nutzungsgebühren bei der Miete städtischer Räume hin. Weiterhin bedankte sie sich bei allen ehrenamtlich Tätigen für Engagement.

Frau Schuster, sachkundige Bürgerin, begrüßte das Angebot von Herr Frenzel, einen jährlichen Tätigkeitsbericht zu erstellen.

Frau Pelke, Fraktion SPD, verwies darauf, dass bereits vor Gründung des Ehrenamtsbeirates auf die schwierige Priorisierung des Ehrenamtes aufmerksam gemacht wurde. Grundproblem sei es, dass langfristig, auf Grund der geringen Mittel kaum Hilfe möglich sei.

Herr Frenzel merkte an, dass der Ehrenamtsbeirat lediglich Mittel vom Land beziehe und diese mit Aufgaben verbunden seien. Darüber hinaus sei durch die enge Zusammenarbeit mit den Interessenvertretern seiner Ansicht nach der Bedarf am besten zu ermitteln. Bisher habe es auch keine Beschwerden von Interessenvertreterseite gegeben. Weiterhin sei der Ehrenamtsbeirat bemüht auf Ehrenamtliche zuzugehen und Gespräche zu führen um auf die Arbeit des Ehrenamtsbeirates aufmerksam zu machen.

Frau Pelke merkte an, dass die Behandlung der Schwerpunkte nach ihrer Auffassung in den einzelnen Fachausschüssen besser aufgehoben wäre.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, wies ebenfalls darauf hin, dass keine Mittel im Haushalt der Stadt Erfurt für den Ehrenamtsbeirat eingestellt seien, sondern lediglich eine Mittelvergabe gemäß den Regelungen der Thüringer Ehrenamtsstiftung erfolge. Weiterhin stimmte sie Frau Pelke zu und wies darauf hin, dass fachliche Beratungen mit dem Ehrenamtsbeirat notwendig seien.

Herr Kanngießler, Ausschussvorsitzender, bat den Ehrenamtsbeauftragten sowie Herrn Frenzel dem anschließenden, nichtöffentlichen Teil der Ausschusssitzung beizuwohnen, um eventuell auftretende Fragen zu einem Tagesordnungspunkt zu beantworten.

zur Kenntnis genommen

6.4. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 17.09.2014 zum TOP 9.1 Sachbericht Zentrum für Integration und Migration (DS 1359/14) 1805/14
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Herr Kanngießer, Ausschussvorsitzender, merkte an, dass in Anlage 6 der Drucksache 1271/14, welche unter anderen in der Stellungnahme zur Drucksache 1805/14 genannt wurde, das Thema Schule beleuchtet wird und die dort zu Grunde liegenden Daten aus dem Jahr 2010 stammen, diese somit veraltet seien.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, bestätigte dies. Gleichwohl teilte Sie mit, dass solche Daten vom staatlichen Schulamt Mittelthüringen erhoben werden und der Verwaltung nur die Möglichkeit bleibt, nach neu erhobenen Daten zu fragen. Dies sei geschehen, jedoch ohne Erfolg.

zur Kenntnis genommen

Kanngießer
Vorsitzender


Schriftführer/in